

Einwohnerrat gegen Majorz-Initiative

Reinacher Einwohnerrat schickt Kinderhaus Weiermatten vor Projektstart an Spezialkommission

BZ 1.9.2010

Mit 20 zu 14 Stimmen sprach sich der Reinacher Einwohnerrat gegen die bürgerliche Initiative aus, Gemeinderat, Schulrat und Sozialhilfebehörde per Majorz zu wählen.

HEINER LEUTHARDT

Eine klare Absage erteilte der Reinacher Gemeinderat an die Initiative der FDP, GLP und CVP zur Wiedereinführung der Majorzwahl beim Gemeinderat sowie beim Schulrat und der Sozialhilfebehörde.

In seiner Vorlage ging er noch einen Schritt weiter und verlangte nicht nur, dass der Einwohnerrat und der Gemeinderat wie bisher im Verhältniswahlverfahren (Pro-

porz) gewählt werden, sondern dass in Zukunft der Einwohnerrat den Schulrat und die Sozialhilfebehörde wählen solle.

Ruth Schaller (FDP/GLP) betonte, dass beim Mehrheitsverfahren (Majorz) die Amtsinhaber länger im Amt bleiben würden als beim Proporz. Dementsprechend würden sich auch Kandidaten der Wahl stellen, die wirklich in das Amt wollten. «Zudem ist der Aufwand bei Wahlen für die Parteien kleiner», meinte sie. «Was ist schlecht an einem Verfahren, das sich bei 80 Prozent der Gemeinden bewährt?» Klar lehnte Schaller die Wahl des Schulrates und der Sozialbehörde durch den

Einwohnerrat als «Beschneidung der Volksrechte» ab. CVP-Sprecher Markus Kilchherr teilte diese Position.

Wichtiges bleibt liegen

Marie-Therese Müller (PER/Impuls/Grüne) kritisierte, der Majorz führe zu mehr Aufwand und dadurch bleibe Wichtiges liegen. Zudem bestehe die Gefahr, dass jene, die mehr Geld hätten, sich durchsetzen. Wie alle anderen Parteien lehnte sie auch die Wahl von Schulrat und Sozialbehörde durch den Einwohnerrat ab. Gegen den Majorz sprachen sich auch die SP und die SVP aus.

Entsprechend empfiehlt der Einwohnerrat den Stimm-

berechtigten, die voraussichtlich im Februar 2011 über die Initiative «Majorz statt Proporz» abstimmen, diese mit 20 gegen 14 Stimmen zur Ablehnung. Der Vorschlag, die Sozialhilfebehörde und den Schulrat durch den Einwohnerrat zu wählen, wurde einstimmig vom Tisch gefegt.

Vergeblich zurückweisen wollte die SVP in zwei Anläufen die Vorlage Kinderhaus Weiermatten. Es habe noch zu viele nicht beantwortbare Fragen, meinten sie. Dafür wurde die Vorlage an eine siebenköpfige Spezialkommission überwiesen. «Die Rückweisung ist keine Lösung», betonte etwa Fredy Fecker (CVP), «weil dann

der Gemeinderat nicht weiss, was wir wollen.» Die offenen Fragen könnten in der Spezialkommission geprüft werden.

Zu reden gab der Tätigkeitsbericht der GPK. Gelobt wurde er von den Parteien. Gemeindepräsident Urs Hintermann und Vizepräsident Hans-Ulrich Zumbühl kritisierten dagegen die Ausführlichkeit zu Fragen bei der Technischen Verwaltung. «Wenn wir dagegen argumentieren möchten, müssten wir Interna und den Persönlichkeitsschutz preisgeben», betonte Hintermann. «Das geht nicht und ist nicht fair.» Zudem enthalte der Bericht fehlerhafte Darstellungen, ergänzte Zumbühl.